

II-4629 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 22751J

A N F R A G E

1992-01-30

der Abgeordneten Burgstaller  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Dividenden und Privatisierungserlöse der ÖIAG  
zugunsten des Budgets

Im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien ist die Emission junger Aktien der Austrian Industries für den Zeitraum 1992/93 vorgesehen. Für 1994 ist eine weitere Emission vorgesehen, bei der neben jungen Aktien auch alte Aktien der Austrian Industries von der ÖIAG im Verhältnis 3 zu 1 verkauft werden sollen. Insgesamt sollen dem Bund für das Budget einschließlich der Dividendenzahlungen der ÖIAG aus Privatisierungserlösen in dieser Gesetzgebungsperiode rund 4,5 Milliarden Schilling zugeführt werden. Mittelfristig wurde die Privatisierung der Austrian Industries über die 50 %-Grenze hinaus vereinbart. Unter Hinweis auf die schlechteren betrieblichen Ergebnisse aufgrund der Stahlkonjunktur und die gedämpfte Börsensituation in Wien wurde die ursprünglich für 1992 ins Auge gefaßte Emission junger Aktien auf das Jahr 1993 verschoben. Nach den derzeitigen Mitteilungen von Konzernmanagern über die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Holding-Betrieben der Austrian Industries ist für das Jahr 1992 allerdings nicht damit zu rechnen, daß sich die Betriebsergebnisse gegenüber 1991 verbessern werden. Eher wird das Gegenteil der Fall sein. Selbst unter der optimistischen Annahme einer insgesamt etwas positiveren Börsenentwicklung in Wien, kommt das entscheidende Gewicht einer erfolgreichen Börseneinführung doch den Betriebsergebnissen zu. Da nach dem derzeitigen Stand und den Aussagen der ÖIAG-Verantwortlichen nicht damit zu rechnen ist, daß die Betriebsergebnisse 1992 günstiger ausfallen werden als

1991, ist somit die Argumentation der ÖIAG für die Verschiebung der Erstemission auf das Jahr 1993 grundsätzlich in Frage gestellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Welcher Teilbetrag der 4,5 Milliarden Schilling, die dem Bund aus Dividenden und Privatisierungserlösen seitens der ÖIAG zufließen sollen, wurde dem Bund im Jahr 1991 überwiesen ?
2. Welcher Teilbetrag an Dividenden und Privatisierungserlösen seitens der ÖIAG ist im Bundesvoranschlag für das Jahr 1992 eingeplant?
3. Wie hoch ist der Betrag, den der Bund im Jahr 1992 für die Zinsen und die Tilgungen aus den ÖIAG-Finanzierungsgesetzen aufzubringen hat.
4. Wie hoch ist insgesamt zum 31. 12. 1991 die noch offene Belastung aus Zinsen und Tilgungen aus den ÖIAG-Finanzierungsgesetzen bzw. aus dem ÖIAG-Finanzierungsgesetz 1991.
5. In einer Resolution der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie Landesleitung Steiermark, vom 5. Dez. 1991 wird unter anderem neuerlich eine angemessene Eigenmittelzuführung von Bund und Land für die ÖIAG-Konzernbetriebe gefordert. Sind seitens der verantwortlichen ÖIAG-Organen oder des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr derartige Forderungen nach weiteren Eigenmittelzuführungen bei Ihnen bereits konkret erhoben worden?
6. Wenn ja, in welchem Ausmaß?